V-01-NEU-144

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Antragsteller*in: Erik Marquardt

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:
sie völlig ungeeignet, die Zahl der Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende nicht zurückgewiesen werden dürfen. Auch deswegen halten wir es für falsch, wenn EU-Regierungen behaupten, dass Schengen am Ende sei, wenn kein neues, restriktives EU-Asylsystem eingeführt wird. Das hält keiner objektiven Überprüfung stand und hilft nur denjenigen, die das Europa der offenen Binnengrenzen sowieso bekämpfen wollen.

Begründung

Die Konservativen behaupten in der Debatte, dass eine Abschottungspolitik notwendig ist, um das Europa der offenen Binnengrenzen zu erhalten.
Was aber eigentlich notwendig ist, nämlich dass rechtsstaatliche Kontrollen und Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen stattfinden, wird vor allem durch die Staaten verhindert, die systematische Menschenrechtsverletzungen begangen werden. So entsteht Chaos an den Grenzen und Grenzbeamte kontrollieren keine Ausweise mehr, sondern setzen Menschen unregistriert auf dem Meer aus oder prügeln sie aus dem Land.

weitere Antragsteller*innen

Rasmus Andresen (KV Flensburg); Michael Bloss (KV Stuttgart)